

# Stur im Steuerkampf

Deutschland beharrt auf eigenem Abkommen mit der Schweiz

Von Daniela Kuhr

**Berlin** – Diese Woche könnte die Woche der Entscheidung werden für das Steuerabkommen mit der Schweiz. Gleich zweimal steht es auf der Tagesordnung: zunächst an diesem Montag in Stuttgart, wo sich Vertreter des baden-württembergischen Finanzministeriums mit ihren Ressortkollegen aus den SPD-regierten Ländern treffen – und dann erneut bei dem Treffen aller Landesfinanzminister mit Schäuble am Mittwoch in Berlin.

Der Bundesfinanzminister scheint fest entschlossen zu sein, dem Abkommen doch noch zum Erfolg zu verhelfen. Es sieht vor, dass unversteuertes Vermögen auf Schweizer Konten pauschal mit 19 bis 34 Prozent belastet wird. Künftige Kapitalerträge sollen von 2013 an – wie in Deutschland – mit gut 26 Prozent besteuert werden. Bislang scheitert die Umsetzung am Widerstand der SPD-regierten Länder im Bundesrat, die auf Korrekturen drängen. Ihrer Ansicht nach kommen Steuerflüchtlinge dazu gut weg. Ob ihre Bedenken ausgeräumt wurden, wird sich womöglich in dieser Woche zeigen.

Derweil werden nun jedoch aus einem anderen Grund Zweifel an dem Abkommen laut. So befürchten Kritiker, dass dadurch Bemühungen um eine EU-weite Lösung im Kampf gegen Steuerflucht konterkariert werden. Hintergrund ist die schon lange geplante Verschärfung der EU-Zinsrichtlinie. Diese erfasst bislang nur Zinserträge natürlicher Personen. Sie soll jedoch etwa auf Veräußerungsgewinne, Versicherungsmäntel oder Vermögensverwaltungsgesellschaften ausgeweitet werden. Eigentlich hätte genau diese geplante Verschärfung Thema beim Treffen der EU-Finanzminister im Februar sein sollen. Doch hatte die dänische EU-Ratspräsidentschaft den Punkt kurz zuvor wieder von der Tagesordnung genommen – auf Drängen Deutschlands, wie Finanzstaatssekretär Hans Bernhard Beus der *SZ* bestätigte.

Kritiker sehen darin den Beleg, dass Deutschland das eigene Abkommen mit der Schweiz wichtiger ist als eine EU-weite Lösung. „Hätten die EU-Finanzminister bei ihrem Treffen beschlossen, dass die EU-Kommission Verhandlungen mit der Schweiz aufnehmen soll, dann hätte Deutschland das Abkommen nicht mehr abschließen dürfen“, sagt Sven Giegold, Steuerexperte der Grünen im EU-Parlament. Denn es gebe die klare Regel, dass ein bilaterales Abkommen nicht in Bereiche eingreifen dürfe, die bereits von der EU geregelt worden seien oder um die sie sich gerade kümmere. Seiner Ansicht nach müsste die Bundesregie-



Straßenszene in Zürich, im Hintergrund die Credit Suisse. F.: Bloomberg

rung Druck machen, „damit Europa als Ganzes gegen Steueroasen vorgeht“, doch stattdessen verstricke man sich „in bilateralen Sonderwegen“.

Finanzstaatssekretär Beus wies das zurück. Deutschland sei im Gegenteil sehr an einer EU-weiten Lösung im Kampf gegen Steuerflucht interessiert, sagte er. Doch seien die Erfolgsaussichten größer, wenn das deutsch-Schweizer Abkommen umgesetzt sei. Hintergrund ist, dass Länder wie Österreich und Luxemburg, die bei deutschen Kapitalanlegern ebenfalls sehr beliebt sind, strengere EU-weite Steuerregeln bislang ablehnen, weil sie befürchten, andernfalls gegenüber der Schweiz ins Hintertreffen zu geraten. Nach Ansicht von Beus ließen sich diese Einwände entkräften, wenn Deutschland zunächst das Abkommen mit der Schweiz umsetzen würde. „Zumal es sehr viel weiter reicht als die geplante Verschärfung der EU-Zinsrichtlinie. Wir würden damit die Steuerschlupflöcher vollständig schließen.“

Das wiederum sieht Giegold anders. Ein „Erfolg“ sei das Schweiz-Abkommen ganz sicher nicht. Erst recht nicht, wenn man es mit dem vergleiche, was die USA mit der Schweiz vereinbart hätten. „Die USA haben erreicht, dass die Schweizer Banken die Anonymität sämtlicher amerikanischer Steuerflüchtlinge beenden müssen. Bei dem deutschen Abkommen mit der Schweiz dagegen bleiben die Anleger anonym.“ Aus seiner Sicht ist es „inakzeptabel“, dass sich Deutschland mit weniger zufrieden gebe als die USA. „Doch offenbar hat man entschieden, für einmalig ein paar Silberlinge auf Transparenz zu verzichten.“